

Kirchliche Zeitläufe.

Von Peter Sinthern S. J.

1. Imparität. Geschichtliches. — 2. Minister und höhere Beamte. — 3. Aussperrung von den Universitäten. Leidenzwege katholischer Gelehrter. Die Straßburger Rektorswahl 1917. — 4. Zurücksetzung an Gymnasien und anderen höheren Schulen. Schwere wirtschaftliche Beeinträchtigung der Katholiken. — 5. Imparität in der Volksschule, im Ordensleben, in den Gemeindeämtern. Gesellschaftlicher Boykott. — 6. Geist der Imparität auf allen Gebieten. Seine Bekämpfung. — 7. Berechtigung der Beschwerden anerkannt. Aussichten für die Zukunft.

1. Imparität. Geschichtliches. „Vielen von uns“, so sagte Oberregierungsrat Heß auf der Frankfurter Katholikenversammlung, „ist der Abschied von der Monarchie, in der Erinnerung an die Verwaltungsgesplogenschaften, denen die Katholiken unter dem früheren Regime wehrlos ausgeliefert waren, nicht allzu schwer geworden.“ Wogegen die deutschen Katholiken sich immer wieder zur Wehr setzen mußten, das war ihre so ganz ungleiche, „imparitätische“ Behandlung von Seite der Staatsgewalt, der Gemeindevertretungen und des protestantischen Volksteiles. Die wenigsten selbst unter den Katholiken haben eine Ahnung, wie weit diese Zurückdrängung alles Katholischen ging und wie zielbewußt sie betrieben wurde. Da so tief eingewurzelte Uebel sich nicht über Nacht ausrotten lassen, das glückliche Gelingen dieses „Emanzipationskampfes“ aber, wie Gröber ihn treffend bezeichnete, für die Stellung der Katholiken in Deutschland und für die innere Ueberwindung der konfessionellen Gegensätze von der größten Bedeutung ist, so dürfte ein Ueberblick über die Lage der deutschen Katholiken vor dem Kriege, die heute noch zum großen Teile andauert, willkommen sein.

Die „Paritätsklagen“ sind so alt, wie der paritätische preußische Staat und das paritätische Deutsche Reich. Als nach der preußischen Besitzergreifung in Kleve, einer rein katholischen Gegend, ein protestantisches Gymnasium gegründet wurde, schrieb ein angesehener Protestant: „Die Mehrheit der Bewohner des klevischen Landes ist römisch-katholisch, allein das Regentenhaus bekannte sich zur Augsburgischen Konfession, daher auch der größte Teil der Oberbeamten des Landes dieser Konfession zugetan war. Ein solches Verhältnis hat mancher zu tadeln gefunden. Wenn aber diese Tadler die Religionsgeschichte der letzten Jahrhunderte durchgehen wollten, so wird es ihnen bald in die Augen fallen, daß es für einen protestantischen Regenten, dessen Untertanen einem gemischten Glaubensbekenntnisse zugetan waren, fast Sache der Notwendigkeit war, sich vorzüglich mit protestantischen Amtsleuten zu umgeben, um in ihnen einen sicheren Schutz für die Minderzahl der Protestanten dieses Landes zu haben“ (Ueber Kleve. Briefe an einen Freund S. 55). Was der Brieffschreiber hier aussprach, das war so ungefähr die Regierungsmaxime im „protestanti-

ſchen“ Preußen und ſeiner Erweiterung zum Deutſchen Reich. Noch 1918 hielt die „Kreuzzeitung“ es für angebracht, mahnend an das „Königswort“ zu erinnern: „Wir ſind hier proteſtantiſch bis auf die Knochen.“ Nach dem Willen Friedrich Wilhelms III. wurden „beſondere katholiſche Militärgeiſtliche nicht angeſtellt“, dagegen auf Grund eines beſonderen Kabinettsbefehls die katholiſchen Soldaten verpflichtet, monatlich einmal dem proteſtantiſchen Gottesdienſt beizuwohnen, „damit ſie ſich an die nötige Achtung für die Hauptreligion des Landes gewöhnen“; denn „ihre Pfaffen möchten ſie gerne alai ben machen, daß wir an nichts glauben“. So in nicht ſo weit zurückliegender Vergangenheit. Noch heute ſteht in dem ſeinerzeit von der kgl. Regierung genehmigten und für die Rheinlande eingeführten Heidelberger Katechiſmus: „Die Meſſe iſt im Grunde nichts anderes, als eine vermaledeite Abgötterei.“ Alle Bemühungen der Katholiken, die preußiſche Regierung zu veranlaſſen, hier auf eine Schonung auch der Gefühle der Katholiken Bedacht zu nehmen, ſind bis ins 20. Jahrhundert hinein erfolglos geblieben. In der überwiegend katholiſchen Stadt Dülſſeldorf mußte für jede katholiſche Prozeſſion von Seite der Stadtverwaltung die Genehmigung des proteſtantiſchen Präſbyteriums eingeholt werden, das auf dem Standpunkt ſtand: „Jede Prozeſſion verletzt evangeliſches Empfinden, iſt ſie doch nach dem Tridentinum immer gegen den evangeliſchen Glauben gerichtet“, wie wenn die Prozeſſionen nicht ſchon jahrhundertlang beſtanden hätten, ehe man überhaupt an Proteſtantismus dachte. Für katholiſche oder in ihrer ſtark überwiegenden Mehrheit katholiſche Städte in Preußen durften nach geheimen verwaltungsregimentlichen Beſtimmungen gewiſſe obere Beamtenſtellen grundsätzlich nur mit Proteſtanten beſetzt werden. In eine katholiſche Biſchofsſtadt gehörte nach preußiſcher Verwaltungspraxis ſtets nur ein proteſtantiſcher Regierungspräſident, weil man in allzu vorſorglicher Weiſe an die Möglichkeit eines Konfliktes der Regierung mit dem Biſchof dachte und die Regierung für dieſen Fall ihres Mannes ſicher ſein wollte. Noch im letzten Jahre des Krieges war die preußiſche Regierung, trotz der lauten Klagen der Katholiken, nicht zu einem Abgehen von dieſer für das Vaterlandsgefühl der deutſchen Katholiken gröblich beleidigenden Mißtrauenspraxis zu bewegen.

2. Miniſter und höhere Beamte. Katholiſche Miniſter hat es in Preußen lange Jahre überhaupt nicht gegeben. Zuweiſen wurde ein katholiſcher Konzeſſionſſchulze zum Miniſter ernannt. Vom Reichskanzler Hohenlohe abgesehen, dürfte v. Schorlemer ſeit Gründung des Reiches der erſte katholiſche Miniſter geweſen ſein, der auch katholiſche Kinder hatte. Faſt alle lebten in Miſchehen und ließen ihre Kinder proteſtantiſch erziehen. Der Eiſenbahnminiſter Maybach und ſeine Frau, obſchon beide katholiſch, ließen ihre Kinder proteſtantiſch erziehen. An maßgebenden Stellen wurde es immer ungnädig aufgenommen, wenn angeſehene proteſtantiſche Herren, die eine Katholikin heiraten wollten, ſich geneigt zeigten, ſich katholiſch trauen und ihre Kinder katholiſch

erziehen zu lassen. Man war der Ansicht, das verstoße gegen die Würde und Selbstachtung des Mannes, ein Mann, der etwas auf sich halte, habe dafür zu sorgen, daß seine Kinder auch in seinem Glauben erzogen würden — ein Grundsatz, der jedoch nicht eingehalten wurde, wenn katholische Herren mit protestantischen Damen eine Ehe eingingen; da fand man nichts darin, wenn sie ihre Kinder protestantisch erziehen ließen. Dem Minister v. Lucius nahm man es z. B. nicht übel, und der Katholik v. Thelius, der sich mit einer Tochter Puttkammers protestantisch trauen ließ, stieg hoch in Gnaden („Kölnische Volkszeitung“, 10. Oktober 1917).

Unter den 33 höheren, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten und von ihm ernannten Beamten war im Jahre 1916 nicht ein einziger Katholik. In keinem der genannten Aemter war in den letzten zehn Jahren auch nur ein einziger Katholik zu einer höheren Stelle als der eines vortragenden Rates berufen worden. 1916 war in Preußen unter allen Oberpräsidenten nicht ein einziger Katholik, unter den Regierungspräsidenten nur zwei. Nach der vortrefflichen Statistik von Grunenberg in seinem Werke „Das Religionsbekenntnis der Beamten in Preußen“ waren in Preußen im Jahre 1913 unter 305 Oberpräsidenten, Oberpräsidialräten, Regierungspräsidenten, Oberregierungsräten, Oberforstmeistern, Verwaltungsgerichtsdirektoren, Direktoren der Schulkollegien und Polizeipräsidenten 269 protestantisch, 36 katholisch, d. h. 88·2% protestantisch, 11·8% katholisch, bei einer Gesamtbevölkerung Preußens von 61·8% Protestanten und 36·3% Katholiken. Im preußischen Ministerium des Innern waren 253 höhere Beamte protestantisch, 9 katholisch, unter diesen nur einer in leitender Stellung. In den übrigen Ministerien waren von 2365 höheren Beamten nur 195 katholisch, das ist 8·2% gegenüber 36·3% der katholischen Bevölkerung, von diesen 195 waren nur wenige in leitender Stellung. Bis Ende 1916 hatten sich diese Verhältnisse weder in den Ministerien noch in den Provinzen gebessert. Durch ein eigenartiges, von Bornhaß beleuchtetes Schiebeyesystem wußte man auch die Landratsämter, vielfach Vorstufen für höhere Beamtenposten, so ziemlich katholikenrein zu halten. Auch auf dem heißen Boden Elsaß-Lothringens, dessen Einwohner zu 80% katholisch sind, wurde „rein protestantisch“ regiert; der Statthalter, die beiden Staatssekretäre, die drei Unterstaatssekretäre, der Ministerialdirektor, alle Bezirkspräsidenten und die drei Oberregierungsräte bei den Bezirkspräsidien waren protestantisch und gerade Bethmann hatte dieses System auf die Spitze getrieben.

Während des Krieges, um das hier gleich beizufügen, wurden katholische Theologen sowohl bei der Beförderung als auch bei der Zulassung zu den Offiziersaspiranten in beleidigendster Weise zurückgesetzt, trotz einer gegenteiligen Verordnung des Kriegsministeriums (22. November 1915). In den besetzten Gebieten trübte protestantisches Vorurteil den deutschen Behörden den klaren Blick. An die Blämische Universität Gent wurden nur Protestanten oder liberale Katholiken berufen;

in Polen und in den Ostseestaaten war die Verwaltung ganz katholikenrein und konnte der Evangelische Bund eine alles andere als segensreiche Rolle spielen; an die Universität Konstantinopel wurde kein einziger Katholik berufen, obschon gerade katholische Gelehrte durch ihre Kenntnisse aus der der arabischen Philosophie vielfach so nahestehenden Scholastik und aus der orientalischen Kirchengeschichte hier eine besondere Rolle zu spielen berufen gewesen wären.

3. Aussperrung katholischer Gelehrter von den Universitäten. Leidenswege katholischer Gelehrter. Die Straßburger Rektorswahl 1917. Die Universitäten bildeten immer einen Hauptkernpunkt der deutschen Katholiken. Die Zahl der Professoren, einschließlich der Theologieprofessoren, betrug nach Grunenberg für ganz Preußen im Jahre 1913 1012, davon 845 Protestanten, 133 Katholiken, 26 anderer Konfessionen. Georg v. Below gestand, daß „die Fakultäten bewußt katholische Historiker und Philosophen nicht vorschlagen, falls nicht konfessionelle Professuren in Betracht kommen. Das bedeutet, daß diese einen Schutz für die bewußt katholischen Forscher darstellen. Und es ist ein unentbehrlicher Schutz. Denn die spezifisch katholischen Gelehrten haben, wenigstens im ganzen genommen, so beträchtliche wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen, daß ihr Ausschluß von unseren Hochschulen nicht gerechtfertigt werden könnte“ („Internationale Monatsschrift“ 1911, Sp. 309 f.). Im „Tag“ (1913, Nr. 209) gibt Below weiter seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ohne die konfessionellen Professuren „die spezifisch katholischen Forscher auf dem Gebiete der Geschichte und Philosophie nie zu Professuren gelangt sein würden. Mit anderen Worten: Ohne konfessionelle Professuren würden die deutschen Universitäten eine Anzahl Forscher entbehren, denen wir unzweifelhaft eine anerkennenswerte Förderung der Wissenschaft verdanken. Ich mache mich anheischig, den Nachweis zu führen, daß in allen konkreten Fällen die konfessionelle Professur es war, die diesen Gelehrten den Weg zur ordentlichen Lehrtätigkeit eröffnete“. Nach diesem freimütigen Bekenntnis berührt es doppelt peinlich, daß derselbe Below in seinem 1916 erschienenen, fast 200 Seiten starken Werke „Die deutsche Geschichtsforschung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen. Geschichte und Kulturgeschichte“, Johannes Janssen nur zweimal und in den Anmerkungen erwähnt, dagegen Döllinger, Gfrörer, Friedrich v. Hurter, Onno Klopp, Höfler, Dudif, Gesele, Hergenröter, Franz X. Kraus, Helfert, Hirn, Baumgartner, Denifle, Michael und von den noch lebenden Fink, Grauert, Gfisar, Pastor, Alois Schulte nicht einmal der Erwähnung würdigt. „Was müssen unsere Feinde über deutsche Gerechtigkeit und Einheit denken gegenüber diesem Dstrazismus?“ fragt da mit Recht die „Kölnische Volkszeitung“.

Dieselbe „Kölnische Volkszeitung“ (20. Juli 1917) beleuchtet ausführlich den Leidensweg, den infolge dieses antiparitätischen Unverständes gelehrte Katholiken zurücklegen mußten, um ihr Ziel zu erreichen und oftmals auch nicht zu erreichen. Die Verhältnisse an allen

preußischen Universitäten, so schrieb schon 1862 der Bonner Professor J. G. Floss, „grenzen an ein protestantisches Unterrichtsmonopol“. Zahlreiche katholische Gelehrte, die in Preußen auf ein Vorankommen nicht rechnen konnten, sahen sich genötigt, einem Rufe nach Süddeutschland und Oesterreich zu folgen. Als Dr Hermann Carbauns sich im Winter 1872/73 in Bonn für Geschichte habilitieren wollte, wurde in der Fakultät das Bedenken erhoben, daß er „ultramontan“ sei, bis von Siebel in der Fakultätsitzung erklärte: „Wir können doch einen Kandidaten, der in unserer Fakultät das Doktor- und Staatsexamen mit dem ersten Prädikat gemacht hat, nicht von der Habilitation ausschließen“, dann ging's. Ein nicht ultramontaner Kollege des Freiherrn v. Hertling in Bonn wurde von einem anderen Kollegen freundschaftlich gewarnt, weil er bei Hertling zu Tisch gewesen war, „das könne ihm schaden“. Trotz ausgezeichneten Lehr- und schriftstellerischer Tätigkeit konnte Freiherr v. Hertling in Bonn nicht vorankommen, fast 25 Jahre blieb er Privatdozent; als Kultusminister v. Puttkammer ihn dann als Abgeordneten kennen lernte, „äußerte er unverhohlen sein Erstaunen, daß ein solcher Mann es nicht zum Ordinarius auf einer preußischen Hochschule habe bringen können“. So wurde ihm ein Ordinariat in Breslau angeboten. 1882 wurde dann Hertling vom bayerischen Kultusministerium — nicht von der philosophischen Fakultät — nach München berufen, wo er mit einem Protest des Dekans der philosophischen Fakultät empfangen wurde.

Einzelne Universitäten in Preußen waren früher für Katholiken ganz gesperrt. 1863 wollte der spätere Professor für Chemie Dr Wilhelm Dossen sich in Halle habilitieren: der Minister gestattete es nicht. Später bewarb er sich um das Ordinariat für Chemie in Rostock; es kam die Antwort: als Katholik sei er dort unmöglich. An beiden Orten waren, bis in die neuere Zeit hinein, Katholiken statutengemäß ausgeschlossen. Nach Halle sind auf dem Wege der Berufung einige Dozenten gelangt, bei den Angestellten jedoch, ob Assistenten, Scheuerfrauen oder Gärtner, werden nur Protestanten berücksichtigt; ein katholischer Gärtner wurde sogar nachträglich entlassen, als man erfuhr, daß er Katholik war. Als der junge Spahn seinem Lehrer, Professor Lenz gegenüber von seiner Absicht sprach, sich in Berlin als Privatdozent zu habilitieren, sagte ihm Lenz: „Gehen Sie doch an irgend eine andere Universität, nach Bonn oder nach Straßburg zum Beispiel. Warum gerade hier? Sie sind qualifiziert. Sie werden überall gerne aufgenommen werden und wir können Ihnen als Menschen und Gelehrten nur Empfehlungen mitgeben. Aber — nur nicht in Berlin. Sehen Sie, wir sind gewohnt, Berlin als Hochburg des freien Protestantismus zu betrachten. Es ist uns schmerzlich, das geändert zu sehen“ („Der Tag“ 1901, Nr. 569).

Noch einige Beispiele aus älterer Zeit. Der berühmte Mathematiker Karl Weierstraß wurde erst nach Berlin berufen, nachdem August Reichenperger in der Kammer auf seine hervorragenden wissen-

schaftlichen Arbeiten hingewiesen und den Minister ziemlich unverblümt gefragt hatte, ob sein Katholizismus vielleicht ein Hindernis sei. 1870 habilitierte sich K. A. Vossen als Privatdozent für Petrographie in Berlin; 1873 wurde die preußische geologische Landesanstalt gegründet und von den Direktoren als Landesgeologe „in erster Linie“ Vossen in Aussicht genommen; er gehörte seitdem „stets zu den Hauptzierden“ der Anstalt, wurde aber trotzdem niemals Ordinarius. 1866 habilitierte sich der später durch seine glänzenden Erfolge berühmt gewordene Geologe Wilhelm Waagen in München; durch seine praktischen Uebungen errang er sich in kurzer Zeit eine anerkannte wissenschaftliche Stellung, aber der äußere Erfolg blieb aus; „als überzeugungstreuen Katholiken“, so wurde ihm von wohlmeinenden, erfahrenen Männern nahegelegt, „werde es ihm unter den bekannten Verhältnissen in Bayern sehr schwer fallen, sich in der Wissenschaft Geltung, Ansehen und Stellung zu erringen“; so ging auch Waagen ins Ausland. Als Ludwig Pastor in Innsbruck seinen Probevortrag hielt, sagte der liberale Professor Bussón, es sei der beste Vortrag eines Privatdozenten, den er je gehört; trotzdem ließ die Bestätigung auf sich warten. Nach dem Erscheinen des ersten Bandes seiner Papstgeschichte sagte derselbe Bussón, Pastor könne noch zwölf solcher Bände verfassen, er werde nie als Professor vorgeschlagen, wenn er seine katholische Richtung nicht ändere. Bussón selbst hatte den ersten Band als eine glänzende Leistung bezeichnet. Dr Adolf Gottlob, jetzt Münster, wollte sich in Innsbruck habilitieren; seine Habilitationsschrift war unanfechtbar, aber Bussón fand, Gottlob habe nur den Göttinger Dokortitel, der dem österreichischen nicht gleichwertig sei; er beantragte deshalb für Gottlob noch ein Nachtragsexamen aus der Philosophie, bei dem man ihn natürlich geworfen hätte; obwohl ein unparteiisches Mitglied der Fakultät sich dagegen aussprach, wurde der Antrag angenommen — und Bussón selbst war doch „nur Göttinger Doktor!“ Auf Vorschlag von Professor Alfons Huber wurde die Arbeit von Doktor Josef Hirn „Der Temporalienstreit des Erzherzogs Ferdinand mit dem Stift Trient“ in die Schriften der Wiener Akademie aufgenommen; auf Grund derselben Schrift wollte Hirn sich einige Jahre später habilitieren — Huber erklärte die Arbeit hiefür als ungenügend; darauf ernannte das Wiener Ministerium Hirn über den Kopf der Fakultät hinweg, und es war eine Ironie des Schicksals, daß Hirn 1887 Nachfolger Hubers in Innsbruck und nach dem Tode Hubers 1899 dessen Nachfolger in Wien wurde. Der Berliner Privatdozent Dr Max Westermaier sollte als Professor der Naturwissenschaft an das Lyzeum in Freising kommen; das bayerische Kultusministerium erbat sich von dem Berliner Professor Schwendener brieflich ein Urtheil über ihn; dieser stellte ihm hinsichtlich seiner wissenschaftlichen Tüchtigkeit und seines Fleißes ein glänzendes Zeugnis aus, aber, „bei der entschieden katholischen Gesinnung Westermaiers sei es ganz ausgeschlossen, daß er je an einer Universität Deutschlands oder Oesterreichs ankomme; es freue ihn aber, daß Westermaier wenigstens an einem Lyzeum seine Reant-

nisse verwerten könne". Nach dem Tode Zwan v. Müllers war man allgemein der Ansicht, daß Professor Dr Stangl in Würzburg, der seit Jahrzehnten als der erste Latinist Bayerns galt, sein Nachfolger werde; aber weder er noch zwei andere hervorragende Philologen, die in Betracht gekommen wären, wurden es: „sie hatten alle drei einen Fehler, sie waren katholisch und paßten nicht in das Milieu.“ Mit größtem Eifer und Erfolg hatte Georg v. Orterer als Schüler des Sanskritisten und vergleichenden Sprachforschers Martin Haug, der semesterlang für ihn allein gelesen und in ihm den tüchtigen Mitarbeiter und Fortpflanze seiner eigenen Forschungen sah, und des klassischen Philologen Wilhelm Christ, sein Doppelstudium abgeschlossen und im Auslande eingehende Studien gemacht; Haugs Empfehlung half ihm nichts, er scheiterte an seiner religiösen und politischen Ueberzeugung.

Besonders gehässig war die Straßburger Rektorswahl am 2. Februar 1917, also mitten im Kriege. Die Reihe war an der theologischen Fakultät und innerhalb dieser an Professor Dr Eugen Müller, einem geborenen Elsässer von deutscher Gesinnung, der an deutschen Universitäten studiert und durch die Herausgabe der Apologie seines Lehrers Dr Hettinger sich einen Namen gemacht hatte. Zugleich war er Landtagsabgeordneter und ein bekannter Gegner des Abbe Wetterle, dem freilich die liberalen Professoren ihre Stimme gegeben hatten. Müller wurde aber nicht gewählt, weil er dem elsässischen Zentrum angehöre und als solcher mit — Wetterle auf einer Bank sitze. Die theologische Fakultät bestand auf ihrem Kandidaten, gab aber unter der Hand einen anderen bekannt. Trotzdem wählte man den protestantischen Theologen Mayer, der in Frankreich geboren und dort bis zum 18. Jahre aufgewachsen war. Als ob man in jener kritischen Zeit keine größere Sorge gehabt hätte, als den katholischen Elsässern zu zeigen, daß es doch seine Wichtigkeit habe mit dem „Deutsch sein heißt protestantisch sein“!

4. Zurücksetzung an den Gymnasien und anderen höheren Schulen. Schwere wirtschaftliche Beeinträchtigung der Katholiken. An den Gymnasien und anderen höheren Schulen kann man die Katholiken nicht einfach ausschalten, aber man kann sie hinter den Protestanten zurücksetzen, und das hat man weidlich getan. Im Jahre 1918 waren von den jüngsten 200 preußischen Oberlehrern 158 protestantisch, 41 katholisch, dagegen von den 200 ältesten Studienassessoren nur 43 protestantisch, 154 katholisch, die katholischen Studienassessoren müssen also viel länger als ihre protestantischen Kollegen auf ihre Anstellung als Oberlehrer warten. Von 116 katholischen Studienassessoren, die am 1. April 1910 anstellungsfähig wurden, waren nach fünf Jahren noch 18, nach sieben noch 10 nicht angestellt, während von den 231 protestantischen Assessoren dieses Zeitpunktes nach zwei Jahren schon 221 untergebracht und die übrigen 10 in den drei folgenden Jahren, das ist bis zum Ende des fünften Jahres Anstellung fanden. Von den am 1. April 1912 anstellungsfähig Gewordenen wurden von 100 Katholiken 10 sofort, 14 nach einem Jahre, 8 nach zwei Jahren, 10 nach drei

Jahren, 4 nach vier Jahren, 3 nach fünf Jahren angestellt, 48 blieben auch dann noch ohne Anstellung, während von 100 Protestanten 38 sofort, 20 nach einem Jahre, 6 nach zwei Jahren, 12 nach drei Jahren, 5 nach vier Jahren, 4 nach fünf Jahren angestellt wurden und nur 12 ohne Anstellung blieben. Da nun dem fest anzustellenden Oberlehrer nur die vier Jahre überschreitende Assessorenzeit bis zur Höhe von zwei Jahren auf das Besoldungsdienstalter angerechnet zu werden pflegt, so erleidet der nicht sofort nach Ableistung der Vorbereitungszeit angestellte Philologe eine bedeutende geldliche Einbuße. „Für die katholischen Assessoren des 1. April 1911“, so errechnet die „Kölnische Volkszeitung“, „beträgt der Schaden mehr als 900.000 Mark, so daß allein die Assessoren des Jahres 1911 eine Einbuße von 1,650.000 Mark erleiden, die sich für den einzelnen auf 5730 bis 25.800 Mark beläuft, ja diese Summe noch übersteigen kann.“

5. Imparität in der Volksschule, im Ordensleben, in den Gemeindeämtern. Gesellschaftlicher Boykott. In der Volksschule wurde der katholische Klerus von den leitenden Stellen zurückgedrängt, protestantische Theologen in ganz ungerechter Weise bevorzugt. Ein katholischer Schulmann, der Priester ist, steigt im Schuldienste selten über den Oberlehrer und Prorektor, sozusagen nie über den Seminardirektor empor, während sein protestantischer Kollege in demselben Maße wie der Philologe zu den Stellen der Regierungs- und Schulkomitee und der Provinzialschulkomitee aufrückt. Evangelische Theologen mit und ohne Schuleramina, aus dem Stande der praktischen Seelsorge und aus allen Arten des Schuldienstes, werden in großer Zahl zu Kreis- und Provinzialschulinspektoren befördert; der katholische Theologe, auch wenn er Schulmann ist, noch mehr aber wenn er Seelsorger ist, findet hier in fast allen Fällen die Tore verschlossen. Unter 78 schultechnischen Mitgliedern der Provinzialkollegien sind nur 18 katholisch, keiner Priester, über die Hälfte aber protestantische Theologen. Von den 100 schultechnischen Mitgliedern bei den Regierungen sind nur 29 katholisch, zwei Geistliche, aber wenigstens 35 protestantische Theologen. Die 1317 Kreis- und Provinzialschulinspektionsbezirke in Preußen sind teils hauptamtlich, teils nebenamtlich besetzt. Unter den 422 hauptamtlichen Inspektoren sind 168 katholisch, darunter 6 Theologen, alle mit Schulamtsprüfungen, und 254 protestantisch, darunter 125 Theologen, unter ihnen 24 ohne Lehramtsprüfung. Von den 565 nebenamtlich tätigen Kreis- und Provinzialschulinspektoren geistlichen Standes sind 510 protestantisch, 55 katholisch, letztere nur in katholischen Gegenden, wo protestantische Schulen noch eigens von ihrer Jurisdiktion ausgenommen sind, während die nebenamtlich tätigen protestantischen Inspektoren auch zahlreiche katholische Schulen unter sich haben und in katholischen Gegenden fast durchwegs hauptamtliche, zum großen Teil wiederum mit protestantischen Theologen besetzte Kreis- und Provinzialschulinspektoren sind. An Raffiniertheit läßt dieses System nichts zu wünschen übrig. „Auf dem Boden der preussischen Volksschule sind demnach die kirchlich-religiös-sittlichen Interessen der evangelischen Landes-

kirche glänzend gewahrt; dagegen nimmt sich die katholische Kirche auf demselben Felde wie ein Aschenbrödel aus. Der evangelische Theologe, der in den Volksschuldienst eintritt, hat eine glänzende Laufbahn vor sich, die bis ins Ministerium führen kann; der katholische Theologe bleibt in den unteren Regionen (bis zum Seminardirektor) stecken.“ Die Unbuddsamkeit der protestantischen Beamenschaft und des protestantischen Volksteiles zeigt sich auch darin, daß selbst sehr starken katholischen Minderheiten eine eigene Schule verweigert wird, während die Katholiken im umgekehrten Falle allen berechtigten Wünschen der Protestanten weit-herzig entgegenkommen und die Protestanten selbst für ihre kleinsten Minderheiten eigene Schulen erzwingen. Ferner: In Preußen entfällt auf je 52 protestantische Kinder eine Lehrkraft, dagegen bei katholischen Kindern erst auf 64; in keiner einzigen preußischen Provinz sind die Verhältnisse für den katholischen Volksteil günstiger, als für den evangelischen, oder kommen diesen auch nur gleich oder erreichen auch nur den Durchschnitt. Sollten die katholischen Kinder schon in der gleichen Zahl wie die protestantischen einen eigenen Lehrer bekommen, so müßten 10.000 katholische Lehrer mehr angestellt werden. Durch diese Ungleichheit werden nicht nur die katholischen Schulkinder benachteiligt, sondern viele Tausende begabter katholischer Kinder werden gehindert, sich im Lehrerberuf eine bessere Existenz zu gründen.

Jede Bitte um Errichtung einer neuen Ordensniederlassung pflegte die preußische Regierung auf die Goldwaage zu legen und fand sie in weitaus den meisten Fällen, nur aus kulturkämpferischen Gründen, zu leicht, während die Diakonissen sich ungehindert entfalten konnten. Die Gemeindevertretungen mit protestantischer Mehrheit sind von jeher als Hochburgen der Unbuddsamkeit bekannt, während Gemeinden mit katholischer Mehrheit den Protestanten stets das größte Entgegenkommen bewiesen haben.

1917 stellt eine Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“ fest, „daß auch heute noch die Protestanten eine bevorzugte Stellung im Staate und in der Gesellschaft für sich beanspruchen zu dürfen glauben, und daß sie ängstlich besorgt sind, daß selbst in rein gesellschaftlichen Vereinigungen bei der Vorstandswahl die Parität bei Besetzung von Vorstandsposten wenigstens nicht zugunsten der Katholiken verkehrt wird Noch mehr im amtlichen Verkehr bei der Besetzung von Stellen, über die ein evangelischer Ober- oder Regierungspräsident oder Magistrat letzten Endes zu entscheiden hat In Bonn wurde auf besonderen Antrag des evangelischen Presbyteriums und auf Betreiben des bekannten Pastors Kremers ein junger protestantischer Notar angestellt, damit die wahrhaft evangelischen Leute nicht mehr zu den anderen Notaren, die zufällig leider alle katholisch sind, zu gehen brauchen. Ältere katholische Bewerber sind wegen ihrer Konfession abgelehnt worden. Die Verbissenheit gewisser Protestanten geht also so weit, daß bei Dingen, die mit der Religion nicht das mindeste zu tun haben, die konfessionelle Frage in den Vordergrund geschoben wird.

Für den ganz katholischen Kreis Bonn wurde neuerdings ein protestantischer Kreisarzt ernannt, obschon genug katholische Bewerber vorhanden waren". Wie die Universität Halle einen katholischen Gärtner wegen seiner Konfession entließ, wurde schon gesagt. Auch mitten in katholischen Gegenden vergeben protestantische Beamte Geschäftsaufträge beharrlich an protestantische Geschäftsleute. Die Arbeiterzentrale beim kaiserlich deutschen Kreisamt in Wlozlawek eröffnete 1918 einem Sattler, den es in den Betrieb einzustellen wünschte, daß sie dies nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten tun dürfe, weil er — katholisch sei. Die Glockengießerei Franz Schilling und Söhne in Apolda wies in einem Schreiben an ein protestantisches Pfarramt auf eine wiederholte Warnung des Evangelischen Oberkirchenrates hin, doch ja nicht bei der Firma Ulrich (gleichfalls in Apolda) Glocken zu bestellen; „wir möchten nur das eine sagen, daß der jetzige Inhaber der Firma vor nicht langer Zeit aus der evangelischen Kirche ausgetreten und zu der katholischen Kirche übergetreten ist. Wir meinen, in einer Zeit, wo katholisch Trumpf zu werden scheint, und im Jahre der 400jährigen Reformation soll man darauf von evangelischer Seite etwas Rücksicht nehmen. Ueber die sonstigen Qualitäten der Firma wollen wir uns nicht weiter einlassen, da es leicht als Konkurrenzneid ausgelegt werden könnte". Die protestantische Firma sah aber keine Schwierigkeit darin, viele Glocken an katholische Kirchen zu liefern. In der Tat wurden verschiedene bereits in Auftrag gegebene schwere Geläute von protestantischer Seite abbestellt.

6. Geist der Imparität auf allen Gebieten. Seine Bekämpfung. „Der Geist der Imparität", so schreibt Dr Brockmann in der „Kölnischen Volkszeitung" (19. Juni 1917), „macht sich vor allem breit gegenüber allen geistigen und kulturellen, auch sozialwirtschaftlichen Strömungen und Leistungen, die auf Anregungen von katholischer Seite zurückgehen oder gar unter katholischer, noch schlimmer Zentrumsführung stehen." Er zeigt sich in der grundsätzlichen Minderbewertung, oft genug auch grundsätzlichen Ablehnung der katholischen Einrichtungen, nur weil sie katholisch sind. Ein katholischer Verein gilt ohneweiters als rückständig, es gehört bei dem einzelnen Mut dazu, sich z. B. als Mitglied eines katholischen Gesellenvereines, kaufmännischen Vereines, Arbeitervereines, einer katholischen Studentenkorporation zu bekennen; sogar die christlichen Gewerkschaften, die keinen konfessionellen Charakter haben, leiden unter diesem Vorurteil. Sehr bemerkbar macht sich diese stille Abweisung bei einer Musterorganisation von der Bedeutung des katholischen Volksvereines; bei den maßgebenden Stellen geachtet und geschätzt, kennt man in breiten Schichten des evangelischen Volksteiles nicht einmal seinen Namen. Seine doch dem Allgemeinwohl dienende soziale Arbeit und insbesondere seine hervorragende Kriegsarbeit bleibt so, zum Schaden der Katholiken, der weiten Öffentlichkeit unbekannt. Katholische gesellige Unternehmungen verfallen als solche ohne

weilers dem Geiste der Mißachtung. Darum wollen die katholischen Bürgergesellschaften nicht recht gedeihen. Noch schlimmer ist's, sich als Zentrumsanhänger zu bekennen. Unter dem Zwange solcher Vorstellungen halten viele keine Zentrumszeitung. Dieser Geistesverfassung entspringt die selbstverständliche Zurücksetzung der Katholiken bei allen Ehrenstellen.

Wie soll dieser schlimmste Feind der bürgerlichen Gleichberechtigung der Katholiken mit den evangelischen Volksgenossen, der herrschende Zeitgeist bekämpft werden? Zunächst gilt es, die durch das System der Imparität in vielen Katholiken großgezogene Menschenfurcht durch stetes mutiges Bekenntnis zu ihrer Weltanschauung und zu allem, was dazu gehört, zu überwinden. Ferner: Die Katholiken, so führt Brockmann aus, haben sich vielerorts nicht nur das Beiwort der „Rückständigen“, der „Unmodernen“, der „Dunkelmänner“ und wie die lieblichen Ausdrücke alle heißen, anhängen lassen, sie benehmen sich in der Tat manchmal so, als ob sie die Hüter aller und jeder Anschauungen sein müßten, über die die moderne Zeit längst hinweggegangen ist. Psychologisch ist das leicht zu erklären: Man dränge jemand in eine schiefe Stellung hinein und behaupte nur unentwegt, das sei sein eigentliches Feld, bald wird er diese ihm zugewiesene Stellung verteidigen, als wenn es seine eigene wäre. Angriffen auf religiösem Gebiet von Seite des modernen Unglaubens, der Beseitigung altbewährter Grundsätze in ethischer und kultureller Beziehung, überhaupt der falschen, zerlegenden Moderne sollen sich die Katholiken nur in gut konservativer Gesinnung entgegenstellen; dann aber frisch und froh mit angreifen und bessern helfen, wo es etwas zu bessern gibt, wenn wir dabei auch ab und zu eine vorgefaßte Meinung über Bord werfen müssen. Dann mehr Selbstbewußtsein! Sich nicht geduldig als zweitklassig behandeln lassen. Und noch das Wichtigste: Im wirtschaftlichen Leben ihre Ellenbogen mehr gebrauchen als bisher, unternehmungslustiger, tüchtiger werden im Kampf um die erlaubten Güter dieser Erde. Zwischen Wohlhabenheit und Einfluß besteht eine innige Wechselwirkung; nur wenn die Katholiken Einfluß haben, können sie ihre politischen Ideale auf kulturellem und auch auf sozialem Gebiete durchsetzen. Gewiß ist an dem mangelnden Wohlstande der Katholiken ihre systematische, seit Generationen fortgesetzte Niederhaltung schuld. Um so größer müssen heute die Anstrengungen der Katholiken auch auf diesem Gebiete sein, um den notwendigen Einfluß zu gewinnen zur Durchsetzung ihrer idealen Ziele.

7. Berechtigung der Beschwerden anerkannt. Aussichten für die Zukunft. An „Steuerföld“ des Blutes hoben die deutschen Katholiken im Kriege nicht weniger gezahlt als die Protestanten. Wo man sie besonders brauchte, wußte man die katholischen Regimente wohl zu finden. „Freie Bahn allen Tüchtigen!“ erklärte Beethmann-Hollweg im Jahre 1916 im Deutschen Reichstag. Keinem Kinde aus dem Volke solle der Aufstieg verwehrt werden. Das Zentrum erinnerte

den Reichstanzler sofort daran, daß zum deutschen Volke nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Katholiken gehören. v. Löbell im preussischen Landtag und Helfferich im Reichstag mußten die Berechtigung der Imparitätsklagen zugestehen. In seinem Buch „Deutsche Politik“ hebt Fürst Bülow die großen Verdienste der deutschen Katholiken und die unparteiische Haltung Benedikts XV. hervor und folgerte daraus: „Jeder Patriot muß hoffen und wünschen, daß in der künftigen Friedenszeit die konfessionellen Gegensätze so wenig geltend gemacht werden, wie heute in der Not des Krieges. Das wird um so leichter erreichbar sein, wenn volle Parität unser geistiges wie unser öffentliches Leben durchdringt. Das Gefühl der Zurücksetzung, das vielfach noch in katholischen Kreisen herrscht, kann nur überwunden werden durch eine wahrhaft paritätische Politik, durch eine Politik, für die es, wie ich es einmal im Abgeordnetenhaus ausgesprochen habe, weder ein katholisches noch ein protestantisches Deutschland gibt, sondern nur die eine und unteilbare Nation, unteilbar in materieller, und unteilbar in ideeller Beziehung.“

Trotz der neuen Reichsverfassung wird bis dahin noch eine gewisse Zeit vergehen. Der Umsturz, der völlig neue Verhältnisse geschaffen, hat gewisse Ansätze zur Besserung gebracht, nicht mehr. Die Klagen der Katholiken über Zurücksetzung gehen fort. Als Mitbewerber der Konservativen und Liberalen sind die Sozialdemokraten auf den Plan getreten; die preussische Tradition, von den im alten, unduldsamen Geiste aufgewachsenen Beamten sorgsam gehütet, sucht sich nach wie vor zu behaupten. Der „Emanzipationskampf“ der deutschen Katholiken, wie Gröber ihn genannt hat, ist noch nicht zu Ende. Nicht von der Gnade, sondern von dem Gerechtigkeitsinn und von der Klugheit der Protestanten wird es abhängen, ob sie in alter Gegnerschaft verharren und dadurch das Verhältnis zu den katholischen Mitbürgern weiter vergiften, oder aber im Bunde mit den deutschen Katholiken Religion, Gottesglaube und Christentum gegen den verdoppelten Ansturm gemeinsamer Feinde verteidigen wollen. Ideell, das muß festgehalten werden, ist das alte System bereits endgültig überwunden. Im Interesse des deutschen Gesamtvolkes aber ist es, daß die Früchte des neuen Systems und der neuen Gedanken möglichst bald zur vollen Reife kommen.

Literatur.

A) Eingefandte Werke und Schriften.

An dieser Stelle werden sämtliche an die Redaktion zur Anzeige und Besprechung eingelangten Schriftwerke verzeichnet. Diese Anzeige bedeutet noch keine Stellungnahme der Redaktion zum Inhalte solcher Schriftwerke. Soweit es der verfügbare Raum und der Zweck der Zeitschrift gestatten, wird die Redaktion nach freiem Ermessen Besprechungen einzelner Werke veranlassen. Eine Rücksendung der zur Besprechung eingesandten Werke erfolgt in keinem Falle.

Arens, Bernard, S. J. *Runen des Lebens. Geschichten und Gesalten aus alter und neuer Zeit. Aus Erzählungen und Legenden des Viktor Delaporte S. J. ausgewählt und bearbeitet. Dritte und vierte Auflage. Mit*